

## **Erklärung des Vorstandes des SPD-Ortsvereins Stadt Preußisch Oldendorf zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbotsantrag**

1. Der Vorstand der SPD-Stadt Preußisch Oldendorf begrüßt die einstimmige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass rassistisches Auftreten und menschenfeindliche Ziele verfassungsfeindlich und gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind und Ausgrenzung, Verächtlichmachung und Rechtlosigkeit von gesellschaftlichen Gruppen in unserer Demokratie keinen Platz haben.
2. Dass die NPD trotz ihrer Ziele und ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus nicht verboten wurde, hat uns enttäuscht. Dennoch ist diese Entscheidung ein Beleg für eine freie und offene Gesellschaft, in der Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit ein hohes Gut sind. In diesem Fall steht eine politische Partei unter dem Schutz der Verfassung, die diese Verfassungsordnung bekämpft. Das muss unsere Demokratie aushalten.
3. Für den SPD-Vorstand ist es nicht hinnehmbar, dass eine verfassungsfeindliche Partei an der staatlichen Parteienfinanzierung teilnimmt und durch Steuergelder unterstützt wird. Der SPD-Vorstand Stadt Preußisch Oldendorf bittet die SPD-Bundestagsfraktion und ihren Bundestagsabgeordneten Achim Post um entsprechende Initiativen zur Änderung des Parteiengesetzes und ggf. des Grundgesetzes.
4. Auch wenn die NPD mittlerweile zu schwach und politisch zu bedeutungslos scheint, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung ernsthaft in Gefahr zu bringen, trägt sie dennoch rechtsextreme Hetze und Rassismus in unsere Gesellschaft. Dagegen werden wir uns auf allen Ebenen zur Wehr setzen.

Preußisch Oldendorf, 17.01.2017



Brigitte Rose

für den SPD-Ortsverein Preußisch Oldendorf